

Nürnberg, den 1. Februar 1967

Herrn

Dr. Dr. h. c. Heinrich Zillich

813 Starnberg am See
Schießstättenstraße 12

Sehr geehrter Herr Dr. Zillich,

Als langjährigen Vorkämpfer für die Verbesserung des Schicksals unserer Landsleute in den Siedlungsgebieten von Rumänien, erlaube ich mir Ihnen sehr geehrter Herr Doktor einige Informationen zukommen zu lassen die auch dieses Schicksal betreffen, um sie vielleicht in Ihrer geschätzten Vierteljahresschrift zu verwerten.

Ich habe seit einigen Monaten, sozusagen eine "Informationswelle" gestartet, um die verantwortungsvollen Politiker mit dem so schwierigen Problem der Familienzusammenführung bekannt zu machen, da ich aus persönlichen und schriftlichen Kontakten feststellen konnte, daß viele Mitglieder des Bundestages nur dürftige Kenntnisse über dieses, für unsere Landsleute so wichtige Problem, hatten und zwar bei allen im Bundestag vertretenen Parteien, ohne Ausnahme oder Bevorzugung. Unter dem Informationsmaterial befand sich auch der vorzügliche Bericht des Herrn Robert Schmidt, der in der Folge 4 Ihrer Südost-deutschen Vierteljahresblätter, erschienen ist. Ich darf Ihnen zur Veröffentlichung dieses Dokumentes gratulieren, auch als Katholik der aus dem Buchenländer Raum, in den 20 Jahren nach Kronstadt eingewandert ist und dort das große Glück hatte, eine Schule wie das Kronstädter Honterus-Gymnasium zu besuchen, zu absolvieren und am Geistes und Kulturleben der Siebenbürger Sachsen jahrelang teilnehmen zu können. So glaube ich befugt zu sein als Zeuge auftreten zu können und auch eine Lanze für die heutige Lage der sächsischen Landeskirche zu brechen und die absolut objektiven und realistischen Darlegungen Ihres Mitarbeiters Herrn Robert Schmidt restlos zu bekräftigen.

Der obenerwähnte Artikel, sowie noch viele andere Berichte über die heutige Lage der deutschen Minderheit in Rumänien haben die Grundlage zur heutigen Anfrage an die Bundesregierung in der Fragestunde des Bundeshauses geführt und meiner bescheidenen Meinung nach,

(Seite 2)

können wir Rumäniendeutsche mit dem in der Presse, Rundfunk und Fernsehen veröffentlichten Kommuniqué, vorläufig zufrieden sein da es nach Jahren des Schweigens und Vertröstens, endlich ein konkretes Auftreten und eine offizielle Stellungnahme der Bundesregierung zu der Familienzusammenführung gewesen ist, gerade im Zeitpunkt des Besuches von Aussenminister Manescu hier in der Bundesrepublik.

Der besondere Dank unserer Landsleute sollte dem unermüdlichen C.S.U.-Bundestagsabgeordneten Herrn Prof. Dr. Adalbert Hudak aus Erlangen gelten, der selbst Heimatvertriebener aus der Zips ist und somit als Zipser Sachse, soviel Geduld, Mühe und Arbeit nicht gescheut hat um unser Problem an die Öffentlichkeit zu bringen und seine Lösung zu fordern und zu unterstützen.

Ihm und vielen andern Mitgliedern des Bundestages habe ich auch den anliegenden Bericht der Korrespondentin der Züricher Zeitschrift "Die Weltwoche" Fräulein Inge Santner, vom 6 Januar 1967, zugeschickt und um aufmerksame Einsichtnahme gebeten.

Vom Chef des Bundeskanzleramtes, Herrn Dr. Schnekenburger aus Bonn, habe ich die in Abschrift anliegende Antwort hierzu erhalten, die ich Ihnen gerne zur Verfügung stelle um Ihnen die aufgeschlossene Haltung des Herrn Bundeskanzlers K.G. Kiesinger zu dieser Frage bekannt zu machen.

Allerdings enthält die in der letzten Zeit so beschleunigte Klärung der deutsch-rumänischen Beziehungen, die von mir seit meiner Ankunft hier in der Bundesrepublik (April 1965) ständig befürwortet und vorgeschlagen wurde, auch einige Risiken. Es könnte vorkommen, daß die interessierten Wirtschaftskreise der Bundesrepublik die Familienzusammenführung - als störendes Nebensächlichkeits - auf lange Sicht aus dem Gesprächsthema mit den Rumänen ausschalten könnten, um die Geschäfte nicht zu belasten. Dieses zumal, als die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen in so kurzer Zeit beschloßen und durchgeführt wurde und sozusagen aus "Prestige Gründen" erfolgt sei. Eine Gefahr der "Isolierung" dieses wichtigen Problems besteht also nach wie vor und wir müssen dauernd auf der Hut sein und unsere Bemühungen zur Verfolgung dieses Problems, nicht nachlassen um eine erneute "Hinausschiebung ad calendas grecas" nicht zu gestatten.

Ich habe im Laufe des Monats Dezember 1966 eine Privatreise nach Kronstadt und Bukarest unternommen und kann die Blicke unserer

Freunde und Landsleute nicht vergessen, als sie mir die Fragen stellten: "Was ist oben los, hat man uns ganz und gar vergessen? Was wird getan um unser trauriges Los zu verbessern? Konnte in den vergangenen 20 Jahren wirklich keine wirksame Hilfsaktion gestartet werden? usw.usw.

Leider konnte ich ihnen allen keine konkrete und vor allem günstige Zusage machen, weil ich die Schwierigkeiten zur Lösung dieses Problems am eigenen Leib verspürt habe. Durfte ich ihnen unten von den unzähligen Querschüssen und bösen Nachreden erzählen, die unsere Vereinigung seit ihrer Gründung erfahren hat. Durfte ich ihnen sagen, daß man mich persönlich zum "Ostagenten" gestempelt hat, weil ich die Friedhofsruhe einiger "Monopolpotentaten" gestört ~~KXXX~~ und dem Auswärtigen Amt, sowie vielen anderen Ämtern, ein klares und lautes "Wie lang soll noch diese Untätigkeit und Verzögerung andauern" zugerufen habe. Jetzt wo die neue Bundesregierung ein gänzlich neues Konzept in ihrer Aussenpolitik veröffentlicht hat und dringende Massnahmen zur Aktivierung der Ostpolitik trifft, da erlauben sich diese "Monopolpotentaten" als Besserwisser und Mahner aufzuspielen, anstatt abzutreten und neuen, unverbrauchten Kräften ihre Sessel anzubieten, zum Wohle unserer Landsleute, hier und unten. Es sollte in Zukunft nur von Rumäniendeutschen gesprochen werden, da sie ein Ganzes bilden und auch als solches behandelt werden müssen, zumal in den Gesprächen mit den so schwierigen rumänischen Partnern. Kulturelle, religiöse oder sportliche Bindungen, könnten auf regionaler Grundlage weiter bestehen bleiben, politisch sollte man von jetzt ab, nur von einer einzigen Einheit den "RUMÄNIENDEUTSCHEN" sprechen und schreiben. Man sollte aus der Vergangenheit die entsprechenden Lehren ziehen und allen Ämtern vereinigt und gemeinsam gegenüber stehen, erst dann werden wir die benötigten Erfolge erzielen. Es ist die pure Wahrheit und keine Anmassung unserer neugegründeten Vereinigung. In allen einschlägigen Briefen, Veröffentlichungen und Berichten im Rundfunk und Fernsehen, wird seit letzter Zeit nur noch von den "Rumäniendeutschen" geschrieben und gesprochen, also ein Zeichen, daß unser Standpunkt normal und richtig ist. Das soll unseren Landsmannschaften und ihren kulturellen Aufgaben, keinen Abbruch bringen, im Gegenteil ihre Kräfte verdoppeln zum Wohle der hier ankommenden Aussiedler, ihnen die Eingliederung zu ermöglichen und zu erleichtern. Von dieser wichtigen Aufgabe ist bisher sehr wenig bekannt geworden, die meisten Ankömmlinge werden ihrem Schicksal

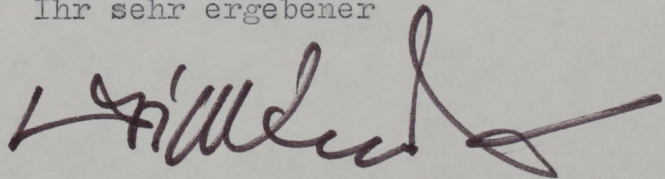
überlassen und somit ihre Eingliederungsaussichten hinausgeschoben, da unsere Landsleute Monate brauchen um die hiesigen Verhältnisse, Gesetze und Amtsgepflogenheiten kennen zu lernen und sich in vielen Fällen der bürokratischen Übergriffe zu erwehren.

Die Betreuungsarbeit an unseren Landsleuten, die hier in Nürnberg geleistet wurde und auch in Zukunft geleistet werden wird, ist viel zu wenig anerkannt worden, von einer materiellen Hilfe gar, kann überhaupt nicht gesprochen werden. Unser verehrter Dekan, Pfarrer Viktor Möckesch kann über dieses Thema ein ganzes Buch schreiben, seine Wünsche und Vorhaltungen wurden in der Vergangenheit einfach ad acta gelegt und vergessen usw. Das eine entsprechende Betreuungsarbeit auch materielle Opfer fordert, darüber hat sich niemand den Kopf zerbrochen, es gibt doch so viel "wichtigere" Probleme, bei denen weder Zeit, noch Geld gespart wird.

In den letzten Monaten, haben wir als Vereinigung der Deutschen Aus-siedler aus Rumänien, aus der ganzen Bundesrepublik Briefe von Lands-leuten erhalten, die unsere neue Vereinigung als überregionales Organ, herzlich begrüßt und ermutigt haben, ein Zeichen also, daß die bisher geleistete Arbeit gerade auf dem Gebiet der Familienzusammenführung den Erfordernissen und Erwartungen nicht entsprochen hat. Leider ist dieses Vorgehen, von den Betroffenen als Kritik aufgenommen worden und hat Wut und Panik ausgelöst.

Wir haben diese Störaktionen gelassen zur Kenntnis genommen und unseren Weg unbeirrt fortgesetzt, zum Wohle unserer Landsleute. Es haben sich wackere Menschen gefunden, die uns geholfen haben die Familien-zusammenführung und die allgemeine Lage unserer Landsleute in der alten Heimat klar und deutlich aufzuzeigen. Ihnen allen gebührt Dank und Anerkennung !

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener



(RA Franz Wojakowski)

A b s c h r i f t !

Der Chef
des Bundeskanzleramtes
I/4 - 31201 - zu 2044/67

53 Bonn I, den 26. Januar 1967

An die

Vereinigung der Deutschen Aussiedler
aus Rumänien e.V.
z.Hd. von Herrn Rechtsanwalt
Franz Wojakowski

85 N ü r n b e r g

Fritz-von-Röth-Strasse 31/II.

Sehr geehrter Herr Wojakowski !

Im Auftrag des Herrn Bundeskanzlers bestätige ich den Empfang
Ihres Schreibens vom 21. Januar 1967. Sie dürfen versichert
sein, daß von Ihren Ausführungen mit Sorgfalt und Aufmerksam-
keit Kenntnis genommen wurde. Ihr Schreiben wurde auch dem für
die Familienzusammenführung aus Rumänien zuständigen Auswärtigen
Amt zur Kenntnis gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

gez. Dr. Schnekenburger

3.2.1967

Herrn
Rechtsanwalt
Franz Wojakowski
85 Nürnberg 30
Fritz von Röth-Str. 31/II.

Sehr geehrter Herr Wojakowski,

ich danke Ihnen für Ihre Informationen und dafür, daß Sie ^{den} ~~den~~ von mir veröffentlichten Aufsatz von Robert Schmidt bestätigen können. Das haben ^{auch} sehr viele unserer Landsleute in Zuschriften getan. Das Blatt unserer ev. Hilfskomitees "Das Licht der Heimat" allerdings erklärte Schmidts Ausführungen für unzutreffend, was Sie aber sicher selbst gelesen haben.

Mit Interesse erfahre ich von Ihnen, daß Sie die Anfrage an die Bundesregierung zur Lage der Deutschen in Rumänien im Bundestag am 1. Februar glauben herbeigeführt zu haben. Daß dadurch jedoch zum erstenmal eine Stellungnahme der Regierung für die Familienzusammenführung erreicht wurde, stimmt nicht; es hat solcher Stellungnahmen sehr viele gegeben.

Der Bericht über unsere Landsleute in Rumänien, der in der Züricher "Weltwoche" erschien, ist mir bekannt. Darum reiche ich Ihnen das mir freundlich zugeschickte Exemplar zurück.

Aus der an Sie gerichteten Zuschrift des Herrn Dr. Schnekenburger ersehe ich, daß er die üblichen höflichen Wendungen hoher Beamten beherrscht. Ob über ihn Erfolge erreichbar sind, wird sich erweisen. Nach den jüngsten Nachrichten ist vielleicht zu hoffen, daß mehr Landsleute als in den letzten Jahren nach Westdeutschland auswandern dürfen. Dabei sei nicht vergessen, daß vorher die Einwandererzahl ums Vielfache die niedrigen Ziffern der Jahre 1965 und 1966 überstiegen hatte.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde von den Rumaniendeutschen in Westdeutschland schon vor mehr als 3 Jahren bei einer Beratung, an der ich teilnahm und die zur berühmten Jakscherklärung und deren einstimmiger Annahme im Bundestag führte, gewünscht mit dem Nachsatz: sofern es den Interessen der Bundesrepublik auch entspreche. Dieses Interesse scheint man in Bonn heute als gegeben zu anzunehmen.

Über die Einstellung unserer Landsleute in der alten Heimat bin ich gut unterrichtet. Es vergeht kaum ein Tag, daß ich hierüber nicht

einiges hörte.

Vor drei Jahren verbat ich mir eine Wiederwahl an die Spitze der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen aus wohl erwogenen Gründen. Deshalb möchte ^{ich} zu Ihrer Kritik an der landsmannschaftlichen Führung nicht Stellung nehmen, umso weniger als ich die ^{neuen} befähigten Kräfte nicht sehe, die sich in die Sessel setzen sollten. Es ist immer gut, wenn man derlei ~~Vorschläge~~ macht wie Sie, die Namen der Personen zu verraten, von denen die Rettung kommen solle.

In den zahllosen Vorsprachen und Schriftstücken zu Gunsten der Sachsen und Schwaben in Rumänien wurde, solange ich landsmannschaftlich tätig war, immer gegenüber der Bundesregierung von Rumäniendeutschen gesprochen, natürlich auch die Verschiedenheiten zwischen Schwaben und Sachsen erwähnt, wenn das nötig war. Neu ist also Ihr Entschluß, von nun an nur von Rumäniendeutschen zu sprechen, keineswegs, und davon besondere Erfolge zu erwarten, scheint mir unbegründet.

Die Betreuungsarbeit von Pfarrer Möckesch verdient höchstes Lob. Hierin pflichte ich Ihnen lebhaft bei.

Mit den besten Grüßen

Rechtsanwalt Franz Wojakowski

85 Nürnberg, den 6. Februar 1967

Fritz von Roth-St. 31/67

Herrn

Dr. Dr. h. c. Heinrich Zillich

813 Starnberg am See/Obb.

Schießstättstr. 12

Sehr geehrter Herr Doktor,

Mit großer Freude habe ich heute Ihren liebenswürdigen und interessanten Brief vom 3.2.67 zur Kenntnis genommen und erlaube mir in aller Bescheidenheit meine Ausführungen vom 1.2.67 zu ergänzen.

Die Anfrage im Bundestag ist von Herrn Bundestagsabgeordneten von Erlangen Prof. Dr. Adalbert Hudak (C.S.U.) gerichtet worden laut Stenogramm der Sitzung vom 1.2.67, das uns zur Verfügung steht. Mit Herrn Prof. Hudak verbindet unsere Vereinigung seit vielen Monaten ein gutes und verständnisvolles Verhältnis und haben wir dem Genannten in dieser Zeit eine ganze Menge von Informationsmaterial zukommen lassen um die Schranke zu brechen, die uns die "Herrn Monopolpotentaten" zum Auswärtigen Amt im April 1966, mit Hilfe vom Herrn Exminister Grundmann, Prof. Carstens usw., aufgerichtet haben. Dieses nur zur Klarstellung, da das Siebenbürger Blatt auch im September 1966 die seinerzeitige Bundeshausdebatte zur Familienzusammenführung und Rumänienbeziehungen, als quasi eigene Lorbeeren veröffentlicht haben. Wir legen großen Wert darauf, daß Sie sehr geehrter Herr Dr. Zillich über den wahren Sachverhalt informiert werden, da Ihre kritischen Bemerkungen jederzeit und von jedem in Sachen des Rumäniendeutschtums angenommen werden sollten, auch von uns !

Über unsere kleinen Erfolge in Bonn, machen wir uns bestimmt keine Illusionen, siehe Brief von Herrn Dr. Schnekenburger, eines ist sicher, daß diese Aufklärungsaktionen doch eine Spur zurückgelassen haben, die unserem Problem der Familienzusammenführung in Zukunft bestimmt helfen werden. Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, wo die Rumäniendeutschen gemeinsam vorgehen müssen und zwar geeint, um von der Bundesregierung die Beachtung der legitimen Rechte unserer Landsleute in Rumänien zu fordern. Wir haben das in Zuschriften

./.

an die Herrn Dr. Kiesinger, Brandt, Wehner, Majonica, Klepsch, Helmut Schmidt, Baron von Guttenberg, Dr. Mommer, Dr. Mende, Prof. Dr. Hudak u. a. getan und haben darauf schriftliche Antworten mit positiven Inhalt erhalten. Es bleibt abzuwarten ob die Versprechungen gehalten werden, doch dürfen wir nicht auf die gebratenen Tauben warten und wie bisher jeder seine eigene Hausmachtpolitik betreiben, die eigenen Nutzen, aber unseren Landsleuten bestimmt keinen bringen wird. Dazu muss eine Aktion in Gang gebracht werden von neutralen und positiven Kräften aus dem hiesigen Rumäniendeutschtum, mit dem Zweck die Namen der neuen Personen ausfindig zu machen, die unsere Belange fähig und würdig vertreten können. Diese Personen sollten auf alle Fälle ^{nicht} nach dem bisher praktizierten System des Handhebens aus der Reihe der eigenen Funktionäre, wie es in den Oststaaten üblich ist, ausfindig gemacht werden, da sie nicht die Meinung der grossen Masse darstellen. Sie selbst haben seinerzeit in einem Schreiben an Herrn Pfarrer Möckesch angedeutet, daß kritische Töne hierzu erwünscht wären und diese Töne erscheinen von Tag zu Tag immer nötiger, da die Belange unserer Rumäniendeutschen bald in einer Vereinsmeierei zu versanden drohen. Gestalten wie die aus dem Hilfskomitee, erlauben sich Urteile und Vorschläge im Namen unserer Landsleute abzugeben, obwohl sie von Niemandem hierzu beauftragt wurden und wenn, dann nur durch Irreführung des kleinen Häufleins von wirklich Gläubigen, die die Wirklichkeit unten entweder nicht aus eigener Erfahrung kennen, oder aus persönlichen Interessen in dieses falsche Horn blasen, um ihre Vorbläser nachzuahmen.

Von Ihrer landsmannschaftlichen Tätigkeit, haben wir als Spätaussiedler nur Gutes hören können und es wäre zu wünschen, daß die Gegenwart und die Zukunft uns allen und vor allem unseren Landsleuten, endlich eine Besserung ihres Schicksals bringen sollte. Unsere Vereinigung hat sich hierzu nicht nur erbötigt, sondern hat sich bisher die größte Mühe gegeben mit allen Kräften mitzuarbeiten und zusammenzuarbeiten, leider ohne das nötige Verständnis bei unseren "Offiziellen" zu finden !

Ich übersende Ihnen anliegend 2 Berichte aus der Nürnberger Zeitung vom 2 Februar 1967.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebener

i k g

s